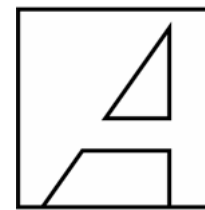




MKAS - Newsletter



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

50 Jahre Kompetenz weltweit

Skopje, 03. Februar 2006

Mazedonien im Januar 2006:

Innenminister Mihajlovski: „Keine geheimen CIA-Gefängnisse in Mazedonien“

Beginn der Visaliberalisierungs-Debatte, Arbeitsvisa für Griechenland

Kein Beweismaterial gegen Stojanovski

Parlamentswahlen im Sommer

Wirtschaft und Kurznachrichten



Außenpolitik

Innenminister Mihajlovski: „Keine geheimen CIA-Gefängnisse in Mazedonien“



„Es gibt in Mazedonien keine geheimen Gefängnisse, weder von der CIA noch von anderen Organisationen oder Ländern“, sagte der mazedonische Innenminister Ljubomir Mihajlovski auf Anfrage. Mihajlovski nannte die Behauptungen, die im Zusammenhang mit dem Fall „El Masri“ entstanden seien, „spekulativ und unbegründet“. Weiterhin betonte er, dass das Innenministerium über keine weiteren Angaben verfüge, außer den Ein- und Ausreisedaten des deutschen Staatsangehörigen Khaled al Masri. Dieser sei am 31.12.2003 nach



Mazedonien eingereist und habe das Land am 23.01.2004 wieder in Richtung Serbien verlassen. Die Anschuldigungen El Masris, von den mazedonischen Behörden zunächst ohne Grund festgenommen, verhört, misshandelt und anschließend von den USA nach Afghanistan entführt worden zu sein, werden immer unangenehmer für die Regierung. Die bisherige Taktik, die Angelegenheit nach alter Manier einfach zu negieren, funktionierte nicht, da sich auch der Europarat und die EU dafür zu interessieren begannen. Während man deutsche Rechtshilfeersuchen erstmal ignorierte, trat aufgrund des öffentlichen Drucks eine kleine Wendung ein, Premierminister Vlado Buckovski gab erstmals persönlich zu, dass dieses Ersuchen überhaupt existiert. Er erklärte, das Innenministerium sei mit dem Fall beauftragt und die Staatsanwaltschaft sammle Informationen: "Allen relevanten Europäischen Institutionen werden wir Auskunft geben, auch den deutschen Strafverfolgungsbehörden." El Masri verklagte inzwischen Mazedonien auf 2,8 Millionen US\$ Schadensersatz und Schmerzensgeld. Mitte Januar wurde bekannt, dass der damalige Innenminister Avramovski durch die CIA mit einem Orden für die Festnahme des „gefährlichen Terroristen“ geehrt wurde. Inständig hofft die Regierung darauf, dass die USA endlich die Verantwortung übernehmen und somit Mazedonien entlasten. Da die US-Botschaft ebenfalls schweigt, sieht es nicht danach aus.

Beginn der Visaliberalisierungs-Debatte, Arbeitsvisa für Griechenland

Außenministerin Ilinka Mitreva hat den Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Franco Frattini, Kommissar für Justiz, Freiheit und Sicherheit, in einem Schreiben gebeten, die Gespräche zur Visaliberalisierung für mazedonische Staatsbürger bald zu beginnen. Sie betonte, dass der Austausch mit europäischen Partnern der jungen Generation, die das Land





„europäisieren“ soll, unter den geltenden Bestimmungen erschwert werde. Europäische und mazedonische Experten gehen davon aus, dass die Gespräche zur Visaliberalisierung im Februar 2006 begonnen werden, dass aber Resultate frühestens in ein bis zwei Jahren zu erwarten sind. Gemäss inoffiziellen Informationen aus Brüssel könnten sich trotz der positiven Empfehlung der Europäischen Kommission Frankreich, die Niederlande und die skandinavischen Länder dagegen aussprechen, die Visabestimmungen für Einreisende aus den Staaten des westlichen Balkans zu lockern. Für eine Lockerung sprechen Mazedoniens EU-Kandidatenstatus, die baldige Ausgabe neuer Pässe und das geringe Risiko, das die zwei Millionen Einwohner des Landes darstellen. Die Bevölkerung indes versteht nicht, warum die EU Bulgarien und Rumänien mit über 30 Millionen Bürgern damals die Visafreiheit gewährte und fühlt sich ungerecht behandelt. In diesem Zusammenhang dämmert es auch einigen, dass der Kandidatenstatus ohne Verhandlungen doch nicht so hoch zu bewerten sei, wie die Regierung dies glauben machen wollte.



Seit dem 1. Januar 2006 können mazedonische Staatsangehörige, die als Gastarbeiter in Griechenland tätig sein wollen, beschleunigt ein Arbeitsvisum beantragen. Das griechische Parlament verabschiedete das neue Gesetz in aller Stille, da es sich um ein politisch heikles Thema handelt. Griechenland benötigt besonders in den Saisons Gastarbeiter für die Landwirtschaft und im Tourismus. Das Arbeitsvisum kann sogar über den Telefondienst der griechischen Botschaft in Skopje erworben werden. Mit dieser Maßnahme soll die illegale Einreise von albanischen und mazedonischen Saisonarbeitern reduziert werden. Auch in Griechenland sind die Griechen längst nicht mehr bereit, schwere oder „niedere“ Arbeit zu verrichten, wenn man für wenig Lohn willige Gastarbeiter findet.

Kein Beweismaterial gegen Stojanovski

Die kroatische Polizei hat innerhalb der festgelegten Frist von 30 Tagen kein Beweismaterial gegen Miroslav Stojanovski, den Chef des Generalstabs der Mazedonischen Armee, gefunden. Stojanovski wurde verdächtigt, 1991 als Kommandant der Jugoslawischen Volksarmee den Angriff auf Vukovar angeführt zu haben (s. Newsletter 11/05). Der kroatische Staatsanwalt Bozidar Piljic sagte, es sei nicht genug Beweismaterial gefunden worden, die eine Anklageerhebung rechtfertigen könne. Nachdem der Polizei eine weitere Frist von 30 Tagen eingeräumt worden war, gab Piljic aber bereits vor Ablauf dieser Frist bekannt, dass aus Mangel an Fakten kein Verfahren eröffnet werde. Stojanovski, der sich während der Ermittlungen sehr zurückhielt, genoss laut Premier Buckovski stets das Vertrauen der Regierung. Auf einer Pressekonferenz sagte der General, dass man keine Beweise finden könne, weil es keine gebe. Von seiten der NATO wurde der Fall nicht kommentiert.



Innenpolitik

Parlamentswahlen im Sommer

Dass im kommenden Sommer Parlamentswahlen stattfinden werden, steht fest. Über das genaue Datum wird allerdings noch heftig diskutiert. Die Verfassung schreibt vor, dass die Wahlen in den letzten 90 Tagen der Legislaturperiode abgehalten werden müssen, demnach sind der 9. Juli der erste und der 17. September der letzte mögliche Wahltermin.



Premier Buckovski hat es nach eigenen Angaben nicht so eilig mit der Festsetzung des Wahltermins, vermutlich wird die Entscheidung Ende April fallen. Der Parteichef der Oppositionspartei VMRO-DPMNE, Nikola Gruevski, forderte sogar vorgezogene Wahlen im Mai. Der Generalsekretär der SDSM, Nikola Kjurkciev, betonte dagegen, nicht der Zeitpunkt sei entscheidend, sondern dass die Wahlen fair und demokratisch durchgeführt würden. Die Bevölkerung

werde ein grösseres Vertrauen in die politischen Parteien haben, falls die neuen Wahlregeln von der Regierung wie auch von der Opposition unterstützt würden. Gemäss inoffiziellen Informationen ziehen die albanischen Parteien Mazedoniens einen Termin im Juli vor, weil die meisten albanischen Gastarbeiter aus Mazedonien zu der Zeit ihre Ferien zu Hause verbringen. Die SDSM hingegen ist bemüht, dass die Wahlen im September stattfinden, um bis dahin alle noch anstehenden Vorhaben wie die Privatisierung des Stromversorgers ESM noch durch zu setzen.



Der EU-Botschafter in Mazedonien, Erwan Fouéré, hat den Parteiführern den Vorschlag unterbreitet, auch in die Wahlzentralen der Parteien Wahlbeobachter zu entsenden. Der Vorschlag stiess mehr oder minder auf Zustimmung bei den Parteien, unklar ist noch, wie die Beobachtung ablaufen soll. Fouéré betonte, dass die EU und die OSZE die kommenden Wahlen als ausschlaggebend betrachten, ob Mazedonien in der Lage sei, faire und demokratische Wahlen gemäss EU-Standards durchzuführen.

Auf Initiative der VMRO-DPMNE unterzeichneten 26 Vorsitzende oppositioneller Parteien eine Erklärung für faire und demokratische Wahlen. Da es solche Erklärungen schon zuhauf vor den vergangenen Wahlen und es dennoch Verstöße gab, steht zu befürchten, dass es auch dieses Mal bei einer Absichtserklärung bleibt. Die Übergabe der Erklärung an die Regierung ging einher mit der Diskussion, die Wahlkommission auch mit Regierungsbeamten und Verwaltungspersonal zu besetzen. Vlatko Gjorcev sagte anlässlich der Übergabe, es spiele nicht nur eine Rolle, wer gewählt werde, sondern auch, wer die Stimmen auszähle. Deshalb sollten, wie in der Erklärung gefordert, die örtlichen Wahlkommissionen aus Mitgliedern aller Parteien bestehen und nicht nur aus den Regierungsparteien, wie dies die Regierung vorsieht.

Eine Umfrage der Agentur Brima-Gallup unter 1.060 Befragten ergab, dass 21 % erwarten, dass die VMRO-DPMNE die Wahlen gewinnen wird, während nur 18 % an einen Wahlsieg der SDSM glauben. Wären Wahlen zum Zeitpunkt der Befragung gewesen, hätten 24 % für



die VMRO-DPMNE gestimmt, 22 % für die albanische DUI und 20 % für die SDSM. Premierminister Vlado Buckovski hat nur noch eine Zustimmung von 26 %, während ihn über 59 % abwählen würden.

Wirtschaft und Kurznachrichten

Das derzeitige Durchschnittseinkommen in Mazedonien betrug 2005 12.659 MKD (ca. 210€). Im Vergleich zu 2004 bedeutet dies einen Anstieg von 3 Prozent.

Wie das Statistikamt bekannt gab, blieb auch dieses Jahr wieder die Summe der ausländischen Direktinvestitionen unter dem Vorjahresniveau. Für 2005 soll es demnach nur 95 Millionen Euro betragen haben. Für 2006 ist ein augenscheinlicher Anstieg zu erwarten, da die Privatisierungserlöse des Stromversorgers aus kosmetischen Gründen zu den ausländischen Direktinvestitionen hinzugerechnet werden.

Das Einschaltersystem wurde trotz anfänglicher technischer Probleme zum Anfang des Monats eingeführt. Die zwei ersten Unternehmen, die sich nach dem neuen System anmeldeten, wurden nach nur fünf Tagen bereits ins Handelsregister eingetragen.



Bei der Verabschiedung der Resolution der Parlamentarischen Versammlung (PV) des Europarates zu den Verbrechen des Kommunismus blieben die beiden mazedonischen Abgeordneten fern. Igor Ivanovski (SDSM), der zudem einer der stellvertretenden Vorsitzenden der PV ist, lehnte jegliche Stellungnahme dazu ab. Dies führte zu heftigen Debatten über die Verbrechen des Kommunismus in Mazedonien unter Tito. Die von der Opposition geforderte Untersuchung, warum die beiden Abgeordneten der Abstimmung fern blieben, lehnten die mehrheitlich linken Regierungsparteien ab.



Das neue Rauchergesetz (s. Newsletter 12/05) wurde nachgebessert. Nun müssen in Restaurants 70 Prozent der Tische für Nichtraucher reserviert sein. Der Abstand von Nichtraucher- zu Rauchertischen muss mindestens 4 Meter betragen. In Cafés, Discos und Bars belaufen sich die Vorgaben auf 60 Prozent Nichtraucher-tische und 2 Meter Abstand. Innerhalb eines Zeitraums von 30 Tagen werden Inspektoren die Einhaltung der Vorschriften in allen Lokalitäten überprüfen. Ist die vorgeschriebene räumliche Trennung nicht möglich, wird das Rauchen ganz verboten. Die Bußen für unerlaubtes Rauchen werden 5.000 bis 15.000 MKD (ca. 80 bis 250 €) betragen. Betriebe, die die Vorschriften nicht einhalten, müssen mit Bussen von 100.000 bis 250.000 MKD (ca. 1700 bis € 4200) rechnen. Während man beim Rauchergesetz der EU schon heute zeigen will, wie man die künftigen EU-Vorgaben umsetzt, fehlt nach wie vor das Umweltbewusstsein. Die Obergrenzen der EU-Feinstaubverordnung z. B. würde man in Skopje schon um ein vielfaches im Ansatz überschreiten.



Impressum

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Außenstelle Skopje**

Verantwortlich:
Ulrich Kleppmann

Zusammengestellt von:
Tiina Fahrni
Davor Pasoski

06.02.2006